

# Zeitschrift

# für

# Sozialökonomie

Dietrich Winterhager	<b>Bodeneigentum und Bodenrente in der ökonomischen Theorie</b> . . . . .	<b>3</b>
Vladimir Pankov	<b>Rußlands Weg zur Marktwirtschaft</b> . . . . .	<b>14</b>
Bernhard Vogt	<b>Bodeneigentum, Siedlung und sozio-ökonomische Entwicklung in Palästina/Israel (II)</b> . . . . .	<b>25</b>
	<b>Personalie – Bücher – Bericht</b> . . . . .	<b>34</b>
	<b>22. Mündener Gespräche</b> . . . . .	<b>13</b>

34. Jahrgang

**114.** Folge

September 1997

# Bodeneigentum und Bodenrente in der ökonomischen Theorie\*

## Übersicht

Vorbemerkung: Dominiert die Theorie wirtschaftspolitisches Handeln oder ist es nicht eher umgekehrt?

- 1 Privateigentum
- 1.1 Realgeschichte
  - Entstehung: durch Aneignung und durch menschliche Arbeit
  - Begründung: Knappheit
  - Frage: Ist die Welt für uns heute wirklich eine Welt der Knappheit?
- 1.2 Geschichte des Denkens
  - römisches und germanisches Recht
  - die Arbeitstheorie von John Locke als Begründung der bürgerlichen Lehre vom Eigentum
- 1.3 Kritiker
  - religiös-weltanschauliche
  - anarchistische
  - Aneignungstheorie, Mißbrauchstheorie
- 2 Bodeneigentum
- 2.1 Realgeschichte
  - Verbote des privaten Bodeneigentums
  - Einschränkungen des Erwerbs und der Nutzung von Boden
- 2.2 Theoriegeschichte der Ökonomie
- 2.2.1 Der Boden im physiokratischen System
  - Theorie der Bodenproduktivität (Werte aus der Natur)
  - ordre naturel und ordre positif
  - Kreislauftheorie
  - die einzige Steuer auf den Boden (impôt unique)
- 2.2.2 Boden und Bodenrente in der ökonomischen Klassik
  - Theorie der Arbeitsproduktivität (Werte durch Arbeit)
  - Theorie der Bodenrente von Ricardo 1815
- 2.2.3 Monopoltheorie der Bodenrente, „Bodensperre“
  - ökonomische Besonderheit des Bodens: gegeben und nicht produzierbar
  - deshalb eine Art „Monopolposition“ der Bodenbesitzer und daraus eine „Monopolrente“ (Oppenheimer u.a.)

- 2.2.4 Das sozialistische Kapitalismusmodell
  - eine Serie von Renten aus dem Boden
  - deshalb ein Grundproblem des Kapitalismus
- 2.2.5 Bodenreformer  
drei Gruppen:
  - für Abschöpfung der Bodenrente
  - für Vergesellschaftung von Grund und Boden
  - für Abschaffung im Rahmen eines Sozialismusprogramms
- 2.2.6 Neoklassik, Tragödie der Allmende
  - Theorie des Nutzens (subjektive Wertlehre)
  - Preis für Bodennutzung gleich marginalem Leistungsbeitrag für die Produktion
  - Verteilungsfragen sind sekundär
  - property rights-Theorie (Theorie der Verfügungsrechte)
  - Tragödie der Allmende: ständige Tendenz zur Übernutzung
  - North: Privateigentum als Wohlstandsbedingung
  - de Soto: Privateigentum ist die beste Entwicklungspolitik
- 3 Perspektiven
  - Relativierung des homo oeconomicus als Menschenbild
  - stärkere Betonung der Verteilungs-/Gerechtigkeitsdimension

## Vorbemerkung

Das Verhältnis von ökonomischer Theorie und wirtschaftlicher Wirklichkeit ist sehr wechselhaft und nicht immer klar. Auch für das Bodeneigentum und die Bodenrente gilt das. Gelegentlich hat hier ökonomisches Denken zu wirtschaftspolitischem Handeln geführt: die Einführung des Erbbaurechts in Deutschland im Jahre 1900 aufgrund der bodenreformerischen Diskussion ist hier ein Beispiel. Oft aber

\* Vortrag auf der CGW-/INWO-Tagung „Das Verhältnis der Menschen zum Boden – Versuch einer Neubestimmung nach der Wende in Mittel- und Osteuropa“ am 8. Mai 1997 in Birkenwerder bei Berlin.

folgt umgekehrt die ökonomische Diskussion den wirtschaftlichen Entwicklungen. So wurde aus dem tatsächlichen Mieterschutz in Deutschland die ökonomische Idee geboren, daß solche Mieterrechte eigentumsähnlichen Charakter bekommen können, was interessante ökonomische Folgen hat: Abstandszahlungen für Mietverträge, Preisabschläge für vermietete Eigentumswohnungen gegenüber mietfreien und anderes. Schließlich aber leben Theorie und Wirklichkeit auch oft nebeneinander her: die einen denken und die anderen handeln. Das ist sicher kein guter Zustand, und ich will hier versuchen, ihn zu vermeiden.

Erlauben Sie mir dazu, inhaltlich etwas auszuholen und zunächst einige allgemeinere Ausführungen über das Eigentum überhaupt und über die Historie zu machen, bevor ich die Geschichte der ökonomischen Theorie selbst in bezug auf Bodeneigentum und Bodenrente skizziere. Die Darstellung bleibt natürlich in manchem kursorisch; dafür bitte ich um Nachsicht.

## **1 Privateigentum**

### **1.1 Realgeschichte**

Wann und wo, warum und wie hat sich die Institution des privaten Eigentums eigentlich entwickelt? Welche Funktionen hat es? Und wie hat es sich verändert?

In der Urgeschichte der Menschheit hat es ein Eigentum der Menschen an Sachen und natürlich auch am Boden nicht gegeben. Dieser Zustand ist oft als ein sehr schöner beschrieben worden: jeder hatte jederzeit das Recht, von der Natur zu nehmen, was er benötigte. In der jüdisch-christlichen Tradition ist dies das „Paradies“: die ersten Menschen lebten in einem Garten „Eden“, in dem es keinen Mangel gab. Und von den ersten christlichen Gemeinden wird berichtet, daß sie ebenfalls tatsächlich das Gemeineigentum bevorzugten; sie waren urchristliche Gemeinden ohne privates Eigentum.

Für die Art und Weise, wie dann Eigentum ursprünglich entstanden ist, sind zwei Formen zu nennen:

– Einerseits gab es die Aneignung oder Okkupation oder Inbesitznahme von Gegenständen, die zuvor niemand exklusiv für sich beanspruchte. Sie kann in friedlicher, aber auch in gewaltsamer Weise vor sich gehen.

– Und zweitens gab es menschliche Arbeit, durch die Gegenstände hergestellt wurden, deren Nutzung der Produzent zunächst legitimerweise exklusiv für sich beanspruchen konnte. Das sind frühzeitig Werkzeuge und Waffen, dann die eigene Behausung und die Produkte von Ackerbau und Viehzucht zunehmend sesshaft werdender Menschen.

Damit zusammen hängt die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung. Was hat die Menschen bewegt, anderen die Nutzung „ihrer“ Güter streitig zu machen bzw. sie davon auszuschließen? Hierzu nehmen wir Ökonomen an, daß im historischen Verlauf – wahrscheinlich mit zunehmender Bevölkerung – die Möglichkeiten für die Menschen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, schlechter wurden. Das heißt, es entstand Rivalität zwischen den Menschen um die Nutzungen der Güter. Oder anders: die Bedürfnisse nach den Gütern begannen größer zu werden als die vorhandenen Möglichkeiten, eben diese Bedürfnisse zu befriedigen. Diesen Zustand nennen wir *Knappheit*: Knappheit besteht immer dann, wenn die Bedürfnisse größer sind als die Möglichkeiten, sie mit vorhandenen Güterbeständen zu befriedigen. Sie führt zu Rivalität und erfordert eine Zuteilung und Rationierung von Nutzungsrechten. Ein solches exklusives Nutzungsrecht ist schließlich das private Eigentum. Wir behaupten ganz allgemein, daß die Geschichte der Menschheit durch immer neue und immer weitergehende Knappheiten gekennzeichnet ist. Nach der Vertreibung aus dem Paradies wurde zunächst das Obst knapp, später das fruchtbare, bebaubare Land und schließlich heute die saubere Luft und das Trinkwasser. Bisherige sogenannte „freie“ Güter werden zu knappen Gütern; sie müssen bewirtschaftet werden. Und typischerweise ist das mit dem Entstehen von Nutzungsrechten wie dem Eigentumsrecht verbunden.

Warum besteht aber diese Situation der Knappheit heute noch immer, obwohl wir ja gerade in den letzten Jahrhunderten im Lebensstandard kräftig zugelegt haben? Die Ökonomie nimmt hierzu üblicherweise an, daß die menschlichen Bedürfnisse ihrer Natur nach unbegrenzt sind. Und wenn das der Fall ist, wird uns auch die Situation der Knappheit auf unbegrenzte Zeit begleiten. Diese übliche Annahme kann man in Frage stellen. In dichte-

rischer Form ist das zum Beispiel schon geschehen in der Fabel vom Fischer und seiner Frau, die mit immer weitergehenden Ansprüchen am Ende dort landeten, wo sie am Anfang begonnen hatten. Und es hat auch immer wieder einige Außenseiter gegeben, die von begrenzten Bedürfnissen ausgegangen sind, die man im Grunde gesellschaftlich leicht befriedigen könnte. *Charles Fourier* hat bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine solche Lehre vertreten, nach der sich aus den Körperfunktionen meßbare Bedürfnisse der Menschen ergeben, die man befriedigen könnte. Oder auch der „alternative“ Schwiegersohn von *Karl Marx*, *Paul Lafargue*, hat in seinem „*Recht auf Faulheit – Widerlegung des Rechts auf Arbeit*“ behauptet, daß wir alle unsere Bedürfnisse mit etwa zwei Stunden Arbeit pro Tag befriedigen könnten. Man hat diese Denker als Utopiker des Schlaraffenlandes angesehen und in der Literatur nicht ernst genommen. Sie haben aber immerhin einige wichtige Bundesgenossen; zwei möchte ich noch anführen: in der buddhistischen Lehre wird die Auffassung propagiert, daß „reich“ derjenige ist, dessen materielle Ansprüche nicht höher sind als die Möglichkeiten, diese zu befriedigen. Und Reichtum kann man deshalb auf zwei Wegen erlangen: entweder durch mehr materielle Güter oder aber durch eine Beschränkung der materiellen Bedürfnisse. Das scheint mir immerhin bedenkenswert. Und zweitens möchte ich den berühmten, alten Ökonomen *John Kenneth Galbraith* anführen, der seit den fünfziger Jahren von der westlichen Überflußgesellschaft spricht, in der wir mehr haben als wir benötigen und mehr zerstören als wir produzieren, mit einer Produktionsmaschinerie, die menschliche Bedürfnisse erst produziert, um sie dann zu befriedigen. Das würde ebenfalls ein Umdenken der Ökonomen erfordern.

Aber die überwältigende Mehrheit der Menschen und auch der Ökonomen ist bis heute der Meinung, daß wir in einer Welt der Knappheit und des Mangels leben und daß wir deshalb die Ökonomen brauchen und das private Eigentum und einen Schutzmechanismus, um dieses zu garantieren.

## 1.2 Geschichte des Denkens

Unserer heutigen Idee vom Eigentum liegt die Vorstellung zugrunde, daß man an einer Sache zeitlich unbegrenzte und umfassende Rechte

haben kann, die jedem Dritten gegenüber auch geltend gemacht werden können.

Das war nicht die rechtliche Vorstellung unserer Vorfahren. In der germanischen Tradition gab es ein kompliziertes System abgestufter Ansprüche gegen Sachen, die ausgehend vom obersten Landesherren von oben nach unten verliehen wurden, mehr oder weniger umfassend, ausdauernd und mit oder ohne die Möglichkeit, sie weiter zu reichen oder auch zu vererben. In der Literatur ist uns dieses als „*Lehenssystem*“ ausführlich beschrieben worden.

Die Idee des Privateigentums mit andere ausschließenden und umfassenden Rechten an einer Sache ist demgegenüber ebenso wie das Institut der Vertragsfreiheit innerhalb des römischen Weltreichs (als „*dominium*“) entwickelt worden. Über Frankreich hat es nach der französischen Revolution schließlich auch Eingang in unser bürgerliches Recht gefunden. Das germanische „*Egindom*“ meint demgegenüber etwas Besonderes, nämlich ein Stück Land, das freier und unabhängiger Besitz im Gegensatz zum Lehens- oder Leihegut war. Dieses auch „*Allod*“ genannte Bodeneigentum war in germanischer Tradition ein „*Sonnenlehen*“, das im Grunde jedem freien Hausstand zustehen sollte und als unveräußerlich galt. Im Mittelalter wurde der Allodialbesitz in Deutschland allerdings auf fürstliche Besitztümer reduziert.

In der philosophischen Tradition hat es sehr verschiedene Begründungsversuche für privates Eigentum gegeben, wie etwa einen naturrechtlichen bei *Thomas von Aquin*, die Okkupationstheorie von *Hugo Grotius* oder die Gewohnheits- und Erwartungstheorie von *Jeremy Bentham*. Die mit Abstand einflußreichste Lehre in diesem Zusammenhang ist aber die von *John Locke* geblieben, durch die die bürgerliche Theorie des Eigentums begründet worden ist. *Locke* argumentiert, daß es in der menschlichen Natur liege, zu arbeiten, und daß die Güter durch diese menschliche Arbeit hervorgebracht werden. Infolgedessen stehen diese Arbeitsprodukte aus seiner eigenen Natur ihm auch zu. Und dieses durch Arbeit begründete Eigentumsrecht besteht unabhängig davon, daß der Staat oder ein Souverän es ihm zuweist. Der Staat hat im Gegenteil die Pflicht bzw. die Aufgabe, dieses naturrechtlich begründete Eigentumsrecht zu achten und zu

schützen. Dabei hat dieses Recht auch Grenzen: wesentlich mehr, als man benutzen und verbrauchen kann, gesteht *Locke* dem Eigentümer nicht zu. Und es sind gewisse Pflichten damit verbunden, auf die hier nicht im einzelnen einzugehen ist. Grundsätzlich handelt es sich aber um ein vorstaatliches Recht der Natur und der Natur des Menschen.

### 1.3 Kritiker

Die Arbeitstheorie des Eigentums, die bis heute die wichtigste ist, ist natürlich nicht ohne Kritiker geblieben. Mindestens drei Gruppen sind hier zu nennen.

Aus *religiös-weltanschaulicher Sicht* wird das Privateigentum im Grunde als anmaßender Anspruch des Menschen angesehen: der Mensch versucht damit, sich zum Herrn über die Natur und die Schöpfung zu machen. Ein solcher Herr der Welt ist er aber nicht. Die Menschen sind Gottes Kinder, und sie bleiben ja auch nur für eine begrenzte Zeit auf dieser Welt. Eigentum an Sachen ist in dieser religiösen Sicht als ein *begrenzt*es Amt anzusehen, *das mit Pflichten verbunden ist*, und das bei mißbräuchlicher Verwendung auch entzogen werden kann.

Eine andere Form der Kritik wird von der *anarchistischen Position* her abgeleitet. *Max Stirner* etwa propagiert (in: „*Der Einzige und sein Eigentum*“) die schrankenlose Freiheit des Einzelnen, der es sich nicht gefallen läßt, von Ansprüchen anderer beschränkt zu werden. Für den Einzigen ist die Welt immer offen und niemand hat das Recht, ihn dabei einzuschränken. Dieser radikale Individualismus beherrscht vor allem auch immer wieder viele jüngere Leute; auch die heutigen Hausbesitzer nehmen sich, was sie brauchen, weil es ihnen als den „*Einzigen*“ eben zusteht. Und als „*Autonome*“ oder „*schwarzer Block*“ manifestierten sie diesen Anspruch als einen politischen zuletzt wieder am 1. Mai in Berlin auf unseren Straßen.

Drittens ist argumentiert worden, das *Eigentum* nicht nur aus Arbeit entsteht, sondern überwiegend *aus ganz anderen Ursprüngen* und Gründen: die ursprüngliche Aneignung von Boden, der Raub, die Erbschaft, die Ausbeutung von Mitmenschen. Insoweit wäre diese Legitimation nach *Locke* ja fraglich. Und besonders ist in diesem Zusammenhang auch der Mißbrauch von Eigentum anzuführen. Die

Entstehung von neuem Eigentum aus Profit bei der Güterproduktion ist das prominenteste Beispiel; hierfür reicht die Begründung von *Locke* dann nicht mehr aus.

## 2 Bodeneigentum

### 2.1 Realgeschichte

In der Geschichte hat es privates Eigentum an Grund und Boden schon früh und in vielen Ländern gegeben. Schon von Mesopotamien kennen wir „*Feldkaufverträge, die auffälligerweise nicht auf Ton-, sondern auf Steintafeln geschrieben sind*“ (Fischer-Weltgeschichte, Bd. 2, 1965, S. 78 f). In Rom und (als Allod) selbst in Germanien kennen wir solche umfassenden Rechtskonstruktionen für den Besitz an Grund und Boden.

Andererseits ist der unbeschränkte Erwerb von privatem Eigentum an Grund und Boden überwiegend in der Geschichte eher als Ausnahme verwirklicht gewesen; oft wurde das Privateigentum dafür nur zögernd oder eingeschränkt akzeptiert. In vielen Ländern gehörte das Land wie in Germanien weitgehend dem Staat oder dem König als seinem Repräsentanten, der darüber nur begrenzte Verfügungs- und Nutzungsrechte an bestimmte Personen verlieh. Noch häufiger aber gab es Verfügungs- und Nutzungsbeschränkungen, die sich auf bestimmte Personengruppen bezogen. Daß der Eigentumserwerb nur auf Mitglieder des Adels oder auf Landeskinder beschränkt war, kennen wir aus vielen Beispielen, zum Teil bis heute.

Die „gemischte“ Wirtschaftsordnung kann als die dominierende für den Grundbesitz fast in der ganzen uns bekannten Wirtschaftsgeschichte angesehen werden (so auch *W. Fischer*: Eigentum und Wirtschaftsordnung in historischer Perspektive, S. 43). Lehrt uns diese uneindeutige Erfahrung etwas in bezug auf die ordnungstheoretische Diskussion?

### 2.2 Theoriegeschichte der Ökonomie

#### 2.2.1 Der Boden im physiokratischen System

Ein erstes umfassendes ökonomisches Modell von Wirtschaft stammt von den sogenannten Physiokraten. Begründer dieser Lehre war *Francois Quesnay* (1696-1774); er war der Leibarzt der *Marquise von Pompadour, der Mätresse von Ludwig XV.* *Quesnay* selbst nannte sich *économiste*, der Begriff „*Physiokratie*“

stammt von seinen Schülern. Gemeint ist, daß die Natur, das heißt der Grund und Boden, Ausgangspunkt und Quelle aller Reichtümer der Menschen sei. Ähnliches hatte allerdings auch schon ein halbes Jahrhundert zuvor *Sully*, der Landwirtschaftsminister von *Henri IV.* formuliert: „Die beiden Brüste des Menschengeschlechts heißen Ackerbau und Viehzucht.“

*Quesnay* betrachtet die Wirtschaft als ein Kreislaufsystem, das wie ein menschlicher Körper funktioniert. Dieser natürlichen und harmonischen Bewegung gibt er den Namen „*ordre naturel*“; sie steht einer durch staatliche Eingriffe gesteuerten „*ordre positif*“ gegenüber. Der Anspruch der Ökonomen gegenüber der Regierung und dem König besteht nun darin, diese natürliche Ordnung als solche wirken zu lassen: „*laissez faire, laissez passer, le monde va de lui meme.*“

Die zentrale Frage, was eigentlich produktiv ist, was Werte, Wohlstand und Reichtum schafft, wird dementsprechend mit der Natur beantwortet. Der Boden, die Landwirtschaft, die „*Physiokratie*“ schaffen die Werte. Alle anderen menschlichen Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft wie Handel, Handwerk und die Gewerbetreibenden können das nicht, sie sind vielleicht emsig, aber letztlich nicht produktiv. Dabei unterscheiden die Physiokraten für die Gesellschaft drei Klassen:

– die „*classe productive*“, das sind (damals) die Pächter von Land, die diesen Boden tatsächlich bebauen,

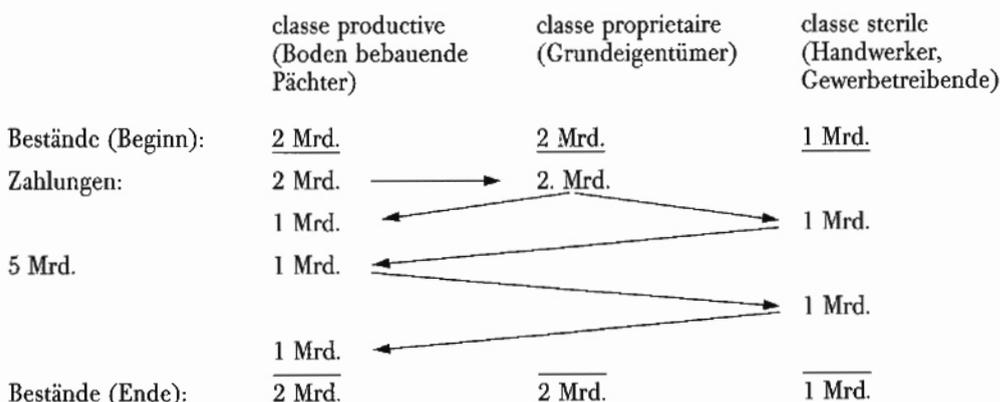
- die „*classe propriétaire*“, das sind die Grundeigentümer, die von der produktiven Klasse eine Pacht bekommen,
- und drittens die „*classe sterile*“, das sind die Handwerker, Händler und Gewerbetreibenden besonders in den Städten.
- Es gibt dann viertens noch die Arbeiter, die als „*classe passive*“ aber im physiokratischen System keine Rolle spielen.

Aus dieser physiokratischen Lehre wurden einige wichtige Schlußfolgerungen gezogen:

- Wenn man den Wohlstand eines Landes fördern will, muß man seine Landwirtschaft fördern!
- Letztlich kommen alle Einkommen eines Landes aus dem Boden bzw. aus dessen Ertrag: die Pacht wird aus dem Bodenertrag bezahlt; die Kapitalerträge, der Zins, alle Arbeitseinkommen sind Einkommen, die letztlich aus dem Bodenertrag stammen. (sog. „*Fruktifikationstheorie*“, *Turgot* 1766)
- Eine radikale Schlußfolgerung wurde daraus für die Steuern und Abgaben gezogen: da diese ohnehin letztlich alle aus dem Bodenertrag stammen, sollte es nur eine einzige Steuer geben: die auf den Reinertrag des Bodens, die sog. „*impot unique*“. Seinerzeit ging es allerdings gerade den Pächtern nicht gut, und *Voltaire* hat diese praxisferne Theorie sehr zynisch kommentiert.

Hier noch ein illustrierendes Beispiel für das „*Tableau économique*“ (stationärer Kreislauf) nach *Quesnay*:

Bruttoprodukt einer Periode: 5 Mrd. Geldbestände am Beginn einer Periode 5 Mrd.; Verteilung s. 1. Zeile:



\* Ähnlich: F. Behrens: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie, Bd. I, Berlin-O. 1962, S. 167 ff.

Das Kreislaufdenken der Physiokraten ist bis heute bei den Ökonomen geläufig; die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die ganze Makroökonomie bauen darauf auf. Allerdings hat man ihre Naturfixierung belächelt als eine altmodische Sicht, durch die noch „die Landluft weht“. In ökologischer Sicht gewinnt aber auch das neue Aktualität.

Problematisch bleibt das physiokratische Denken allerdings in zweierlei Hinsicht:

- Alle Produktion außerhalb der Landwirtschaft gilt als unproduktive Tätigkeit einer „sterilen Klasse“.
- Und die Existenz von Grundbesitzern als Verpächter von Grund und Boden wird unkritisch als gegeben angenommen.

### 2.2.2 Boden und Bodenrente in der ökonomischen Klassik

Die Klassik in der Ökonomie wird vor allem repräsentiert von *Adam Smith* und *David Ricardo*, also durch die Zeit um 1800, das England der beginnenden Industrialisierung.

Von der Physiokratie unterscheidet sich die Klassik vor allem durch eine ganz andere Wertlehre. Werte werden nun nicht mehr durch die Natur geschaffen, sondern ihre Quelle ist die menschliche Arbeit. Diese neue Sicht meint, daß die rohe oder freie Natur erst durch die menschliche Arbeit nutzbar und damit wertvoll gemacht wird. Der „*Wohlstand der Nationen*“ (so der Kurztitel des Hauptwerkes von *Smith*) entsteht so erst durch die menschliche Arbeit. Ihre Menge und Qualität, der Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation gehört nunmehr die Aufmerksamkeit.

Was hat nun in dieser Lehre noch die Natur und mit ihr der Grund und Boden für eine Bedeutung? Eine bis heute wichtige Antwort darauf finden wir in der Kritik von *Ricardo* in seiner politischen Ökonomie von 1815. *Smith* hatte erklärt, daß der relative Tauschwert aller Güter bestimmt werde durch die Menge Arbeit, die zu ihrer Produktion erforderlich ist. *Ricardo* schreibt nun dazu, daß „die Aneignung von Boden und die daraus folgende Entstehung von Rente“ diese Relationen verändert. Seine Definition: „Die Rente ist jener Teil des Produkts der Erde, der dem Grundeigentümer für den Gebrauch der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens gezahlt wird.“ (S. 50f) Diese Rente ist nach *Ricardo* nun kein absoluter Be-

trag, sondern eine Differentialgröße: auf dem schlechtesten gerade noch bebauten Boden entsteht keine Rente; die Arbeitsmenge für die Ernte entspricht deren Tauschwert. Auf allen anderen, besseren Böden dagegen sind die Arbeitsmengen geringer als die Tauschwerte, und die Differenz ist die Rente. Wenn bei der Besiedelung eines Landes (wie etwa Amerika) zunächst die fruchtbarsten Böden bewirtschaftet werden und danach zunehmend unfruchtbarere, so ergibt sich für die fruchtbaren Böden eine steigende Höhe der Bodenrente (S. 56). Gleiches ergibt sich auch aus Verbesserungen in der Landwirtschaft, sei es durch bessere Technologie oder auch durch Bodenmelioration (S. 65ff). Und analoges gilt auch für die Bergwerksrente beim Abbau von Bodenschätzen (Kap. III, S. 69ff). Die Rente beeinflusst nach *Ricardo* also nicht die Entstehung von Werten, wohl aber deren Verteilung: mit den Differentialrenten erhalten die Grundeigentümer einen Teil der geschaffenen Werte als Einkommen.

Die langfristige Perspektive bei *Ricardo* ist nun düster: da immer schlechtere Böden bewirtschaftet werden müssen, wird dadurch die Summe der Grundrenten immer weiter steigen. Die Arbeiter werden währenddessen immer mit ihren Reproduktionskosten (das ist im wesentlichen das Existenzminimum) entlohnt. Infolgedessen wird das restliche Einkommen, nämlich die Residualprofite der Kapitalisten oder Unternehmer, immer geringer, und es gibt also eine gesetzmäßige Tendenz zum Fallen dieser Profite (außerhalb der Landwirtschaft) (S. 106).

*Ricardo* diskutiert dann (Kap. 10, S. 162ff) noch eine Besteuerung der Grundrente, von der keine Effizienzverminderung bei der Produktion zu erwarten wäre. Eine derartige Abschöpfung der Rente durch den Staat würde also zu keinem gesamtwirtschaftlichen Produktionsverlust führen. Allerdings müßten von dieser Steuer alle Erträge ausgenommen bleiben, die aus Investitionen in oder auf dem Boden stammen, also Wertverbesserungen und aufstehende Gebäude.

Diese Idee der Bodenrente von *Ricardo* ist bis heute ein Lehrstück der Wirtschaftswissenschaft. Die Interpretation als Differentialrente hat erstmals das Marginalprinzip angewendet, das bis heute ökonomisches Denken be-

herrscht. Und der Gedanke, solche Renten abzuschöpfen, hat seither viele ähnliche Konzepte hervorgebracht.

### 2.2.3 Monopoltheorie der Bodenrente, „Bodensperre“

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die klassische Auffassung der Bodenrente von *Ricardo* von verschiedenen Autoren kritisiert worden. Die Alternative wird vor allem markttheoretisch begründet und ist etwa in besonders profilierter Weise von *Franz Oppenheimer* in seiner „*Theorie der reinen und politischen Ökonomie*“ 1910 formuliert worden.

*Oppenheimer* erklärt (S. 681 ff), daß die Besonderheit des Bodens, die ihn von allen anderen Produktionsfaktoren unterscheidet, darin besteht, daß er gegeben ist und nicht produziert oder reproduziert werden kann. Deshalb besteht für den Boden insgesamt ein „*Monopol*“, die Bodeneigentümer zusammengenommen sind Monopolisten, deren Eigentum sich in viele kleinere Lagebesonderheiten aufspalten läßt. Das Bodeneigentum stellt also eine Machtposition dar, durch „*Bodensperre*“ der Eigentümer können alle anderen von der Natur ausgeschlossen werden. Und die Bodenrente ist entsprechend eine durch Macht erzwungene Abgabe der Besitzlosen an die Bodeneigentümer. Hier liegt nach *Oppenheimer* die Ursache für soziale Ungerechtigkeit. Besonders (S. 700): „*Das Großgrundeigentum ist die Wurzel aller sozialen Übel ... Es muß und wird fallen, damit die Menschheit die Erlösung finde.*“

### 2.2.4 Das sozialistische Kapitalismusmodell

Die klassisch sozialistische Auffassung vom kapitalistischen System – wie sie *Karl Marx* und seine Nachfolger vertreten – ist methodisch als eine Modifikation des klassischen Modells anzusehen: die Arbeitswertlehre der Klassik wird übernommen, in der Variation wird sie auch als Spätklassik bezeichnet.

In dieser Lehre ist das Arbeitsverhältnis im Kapitalismus prinzipiell ein Ausbeutungsverhältnis, bei dem Arbeiter vom Kapitalisten ein Teil des Arbeitsertrages, der Mehrwert, vorenthalten wird. Das ist das Grundproblem.

In bezug auf den Boden tritt diese Situation in noch verschärfter Form auf. Man kann danach

– über *Ricardo* hinausgehend – verschiedene Grundrenten methodisch isolieren (vgl. im Einzelnen dazu: „*Das Kapital*“, 3. Band, 6. Abschnitt sowie das Lehrbuch „*Politische Ökonomie des Kapitalismus*“, Berlin 1980, Kap. 14):

– Zunächst wird eine Differentialrente der Bodenbesitzer aufgrund unterschiedlicher Fruchtbarkeit wie bei *Ricardo* angenommen (sog. Differentialrente Ia).

– Eine weitere Differentialrente ergibt sich aus unterschiedlicher Entfernung zu den Absatzmärkten (und mithin verschiedenen Transportkosten) (Differentialrente Ib).

– Schließlich eine dritte Differentialrente noch aus Bodenverbesserungen (Differentialrente II, wie schon bei *Ricardo*; sie läßt sich noch einmal untergliedern).

– Daneben gibt es dann noch die normale Rente des Bodenbesitzers als Kapitalist, die eine absolute Rente ist. Innerhalb dessen gibt es den üblichen, normalen kapitalistischen Profit (die absolute Rente I).

– Und es gibt dann noch eine weitere Rente, die sich aus der „monopolistischen“ besonderen Marktform des Großgrundbesitzes ergibt (absolute Rente II), wiederum mit verschiedenen Unterformen.

Die Liste ist noch nicht erschöpfend. Wegen der großen Zahl dieser verschiedenen Formen von Rente erscheint es kaum möglich und sinnvoll, mit staatlichen Maßnahmen bei einzelnen Teilrenten anzusetzen. Sie könnten wohl immer nur Stückwerk bleiben.

### 2.2.5 Bodenreform

Entsprechend der verschiedenen analytischen, von der Theorie gelieferten Interpretationen ist auch eine Therapie in sehr unterschiedlichen Varianten vorgeschlagen worden. Sie konzentrierte sich auf den Begriff „*Bodenreform*“, der vor allem rund um die Jahrhundertwende eine breite Massenbewegung gewesen ist, mit einigen hunderttausend Mitgliedern, Zeitschriften, Jahrbüchern der Bodenreform und auch einer gewissen Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik, von dem bis heute noch Nachwirkungen sichtbar sind. Allerdings blieb die Bewegung heterogen:

– Eine größere Zahl von Autoren hat in der Nachfolge von *Ricardo* die Auffassung vertreten, man solle dessen Differentialrente abschöpfen, ohne das private Bodeneigentum an

sich in Frage zu stellen. Hierzu gehört etwa schon *John Stuart Mill*, der in seinen „*Principles*“ 1848 ausführt, daß durch eine entsprechende gezielte Steuer die Grundsätze des Privateigentums nicht verletzt werden. Dies wäre nur eine gemeinnützige Verwendung einer Vermehrung des Vermögens, die sonst nur eine unverdiente Zunahme des Reichtums einer besonderen Klasse wäre. Diesen Gedanken vertrat auch *Henry George* in Amerika in zahlreichen weit verbreiteten Schriften, von denen „*Progress and Poverty*“ zuerst 1879 erschien, das dann in zahlreiche Sprachen (u. a. in dt. 1881) übersetzt wurde. Er war der Auffassung, daß die Grundsteuer so gestaltet werden sollte, daß dadurch die ganze Grundrente abgeschöpft werde; alle übrigen Steuern könnten dann abgeschafft werden. Ohne die Grundrente gäbe es dann auch jederzeit freies Land für jeden, der darauf arbeiten wolle. Die Anhänger von *George* wurden auch als „*single tax men*“ – ähnlich wie die Physiokraten – bezeichnet.

– Eine zweite Gruppe, die von der Auffassung des „natürlichen Monopols“ an Grund und Boden ausgeht, setzt sich für die Abschaffung des privaten Eigentums an Grund und Boden überhaupt ein. Eine solche Vergesellschaftung oder Verstaatlichung kann kurzfristig oder langfristig, durch entschädigungslose Enteignung oder durch staatlichen Ankauf des privaten Bodens oder auch noch auf anderen Wegen realisiert werden. Die bekanntesten Bodenreformer in Deutschland um die Jahrhundertwende sympathisierten fast alle mit diesem Prinzip, wie etwa *Hermann Heinrich Gossen*, *Theodor Stamm*, *Flürscheim*, *Hertzka*, *Oppenheimer* und in vorsichtiger Form auch *Adolf Damaschke* als der unbestrittene Führer der Bodenreformbewegung.

– Schließlich gibt es drittens die Gruppe, für die die Beseitigung des privaten Grundeigentums nur ein erster Schritt einer umfassenden sozialistischen Reform ist. Das wurde etwa in England bereits seit 1775 von *Thomas Spence* vertreten, der das Grundeigentum als das ungerechteste Privileg ansah, das zunächst abgeschafft werden müsse. Ziel war für ihn ein Sozialismus mit völliger Gleichheit der Menschen. Der „*Bund der Spence'schen Menschenfreunde*“ versuchte 1816 erfolglos, durch einen gewaltsamen Handstreich die englische Regie-

rung zu stürzen und die soziale Republik einzuführen. Im Anschluß an *Lassalle* und *Marx* hat die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von *Karl Kautsky* solche Auffassungen lange vertreten. Diese Auffassung gilt als nicht eigentlich bodenreformerisch, weil sie dies nur als einen untergeordneten Punkt ihrer Gesellschaftslehre versteht.

## 2.2.6 Neoklassik, Tragödie der Allmende

Seit etwa 1870 hat sich in der Ökonomie die neoklassische Auffassung als die heute dominierende Auffassung durchgesetzt. Sie definiert „Werte“ nunmehr aus der subjektiven Einschätzung von eigennützigen Individuen über den Nutzen von Gütern. Dabei entstehen die Güter durch Produktion, an der die Produktionsfaktoren beteiligt sind. Diese werden als „Arbeit“ und „Kapital“ zusammengefaßt; wenn man sie weiter untergliedert, erscheint der Boden als eine der Komponenten des Produktionsfaktors Kapital. Für die Produktion müssen die Produktionsfaktoren mit ihrem marginalen Leistungsbeitrag entlohnt werden, da es für sie Märkte gibt, auf denen ihre Knappheit in Preisen gemessen wird. Das gilt auch für den Boden, für dessen Nutzung eben ein Preis gezahlt werden muß, der seiner relativen Knappheit entspricht und damit seinen Leistungsbeitrag für die Produktion entlohnt. Knappheit und Leistungsfähigkeit bestimmen also den Preis auch für die Nutzung von Boden; das Ergebnis ist wirtschaftlich effizient; es werden nutzenmaximale Gütermengen produziert.

Ob die sich ergebende Verteilung des Einkommens auf die Produktionsfaktoren fair oder gerecht ist, ist für Neoklassiker eine sekundäre Frage, primär ist die Frage nach der effizienten Faktorallokation. Vielleicht ist das auch gar keine Frage an die Ökonomen, sondern an andere Disziplinen oder an „die Politiker“, die sich nicht wissenschaftlich legitimieren müssen. Soweit neoklassisch orientierte Ökonomen sich dieser Frage annehmen, sind sie zurückhaltend und plädieren dafür, eine Umverteilung allenfalls nach der Produktion vorzunehmen, um die effiziente Form von Produktion nicht zu gefährden. Und prominente Autoren, so etwa *Walter Eucken* („*Grundsätze der Wirtschaftspolitik*“, 1952, zuletzt 6. Aufl. Tübingen 1990, S. 312 ff), sind im übrigen der

Auffassung, daß bei der leistungsbezogenen Produktion sich auch zugleich eine gerechte, eben leistungsorientierte Verteilung auf die Produktionsfaktoren ergibt; allenfalls die Armenpolitik sei dann noch staatliche Aufgabe.

Nach dem Sieg der Neoklassik in der ökonomischen Theorie hat deshalb die Frage nach Bodeneigentum und Bodenrente keine große Rolle mehr gespielt. Sie gilt als ein Randproblem, das nur noch von Außenseitern thematisiert wird, oder auch als ein Problem der Sozialpolitik, die eher ein Randgebiet der Ökonomie darstellt.

In einer neueren ökonomischen Diskussion ist das Thema Bodeneigentum allerdings wieder in unerwarteter und verschärfter Weise aktuell geworden. In der sogenannten Theorie der „*Property Rights*“ (Eigentums- oder Verfügungsrechte) wurden Eigentumsbeschränkungen und eigentumsähnliche Rechte auf ihre ökonomischen Funktionen und Wirkungen hin untersucht. Solche Beschränkungen sind etwa Mieterschutz, Kündigungsschutz oder Baubeschränkungen für die Eigentümer von Wohnungen, Unternehmen und Grundstücken; eigentumsähnliche Rechte hat man etwa gegen die Sozialversicherung oder gegen seinen wohlhabenden Ehepartner. Hier vertritt die Theorie der *property rights* für den Boden eine recht radikale Auffassung: die sogenannte Allmende, das gemeinschaftliche Eigentum an Boden, hat bis in die Neuzeit hinein in Europa große Bedeutung gehabt. Dabei gab es offenbar eine systematische Tendenz zur Übernutzung: die Miteigentümer nutzten die Allmende intensiv, waren aber kaum bereit, persönlich Investitionen in ihr gemeinschaftliches Eigentum zu tätigen. Das Ergebnis: die Tendenz zur Übernutzung der Allmende ist verallgemeinert als „*tragedy of the commons*“ bezeichnet worden und als solche ein Lernstoff in den neuesten Lehrbüchern der Volkswirtschaft (vgl. z. B. *Hal Varian*, „*Grundzüge der Mikroökonomik*“, München/Wien 1989, S. 535 ff). Eine weitgehende Schlußfolgerung daraus hat *Douglass North* gezogen, der in seinem Buch „*The rise of the western world*“ argumentiert, daß die Entwicklung der westlichen Wohlstandsgesellschaft in der Neuzeit weitgehend bedingt sei durch die Spezifizierung und Zusammenfassung komplizierter Verfügungsrechte; die Entstehung des neuzeitlichen Ei-

gentumsbegriffs war für den Wohlstand der modernen Industriegesellschaften verantwortlich. *North* hat für seine Arbeiten vor einigen Jahren den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bekommen.

Eine neue Tendenz hat sich aus dieser Lehre auch für die entwicklungspolitische Diskussion ergeben. Der Peruaner *Hernando de Soto* vertritt in seinem Buch „*El otro sendero*“ 1986 (dt. „*Marktwirtschaft von unten*“, Zürich 1992) ausführlich begründet die Auffassung, daß die Legalisierung der informellen Ökonomie in der Form anerkannter Eigentumsrechte in den Entwicklungsländern einen wirtschaftlichen Schub bewirken würde, der alle bisherige Entwicklungshilfe in den Schatten stellen würde. Besonders sei das beim Bodenbesitz und dem Wohnungsbau der Fall.

Schlechte Zeiten für Bodenreformer?

### 3 Perspektiven

Die herrschende ökonomische Theorie hat sich in den letzten Jahrzehnten von der Kritik an Bodeneigentum und Bodenrente abgewendet und neigt heute zu einer Zustimmung und Legitimierung, in den neuesten Tendenzen sogar in radikaler Form.

Eine Ursache dafür ist offensichtlich das Menschenbild des homo oeconomicus, der als individualistisch, eigennützig und zweckrational angenommen wird. In dieser Sichtweise wird das Privateigentum, auch das an Grund und Boden, grundlegend für eine effiziente Faktorallokation und Güterproduktion. Die Frage, ob die daraus resultierende Einkommensverteilung fair oder gerecht ist, interessiert dabei nur wenig.

Nun ist dieses Menschenbild wohl nicht sehr realistisch. Es erscheint uns einseitig und auch nicht besonders sympathisch. Wenn man aber eine andere Auffassung vom Menschen hat, sind auch andere Organisationsformen des Zusammenlebens und andere Eigentumsformen zweckmäßig oder effizient. Seit einem Jahrhundert gibt es solche erfolgreichen Alternativen. Das ganze Genossenschaftswesen zeigt das mit hartnäckiger Lebendigkeit. Und die Kolonie Eden in Oranienburg ist ja auch ein solches Beispiel. Und in der Zukunft wird das nicht anders sein: nachdem die materiellen Bedürfnisse in den entwickelten Ländern weit-

gehend befriedigt sind, gewinnen andere, soziale an Bedeutung. Auf sie hat übrigens schon *Adam Smith* in seinem zweiten Hauptwerk: „*Theorie der ethischen Gefühle*“ 1759 (dt. zuletzt Hamburg 1994) hingewiesen: Das Gefühl der „*Sympathie*“ und das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung rangieren dabei als gleich- oder sogar vorrangig neben den übrigen menschlichen Bedürfnissen.

Zweitens ist natürlich die Frage der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht dadurch beantwortet, daß die Ökonomen sich dafür nicht mehr besonders interessieren. Eine Besteuerung der ricardianischen Bodenrente könnte deshalb durchaus weiterhin als ein gesellschaftliches, sozialpolitisches Ziel angestrebt werden. Sie ist in bezug auf das Marktergebnis auch neutral, wirkt also nicht wettbewerbsverzerrend. Eine solche Steuer ist auch nicht ganz unpraktikabel: viele Beispiele einer Steuer auf den Bodenwertzuwachs in fast allen europäischen Nachbarländern zeigen das. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei eine seltene Ausnahme: die in Deutschland im Jahre 1911 eingeführte Reichswertzuwachssteuer ist kurze Zeit später wieder wegen des beginnenden Ersten Weltkrieges suspendiert worden. Die Hoffnungen wie die von *Oppenheimer* und anderen, daß durch eine Abschöpfung der Bodenrente das wesentliche gesellschaftliche Übel ausgemerzt werden könnte, dürften allerdings übertrieben sein.

## Literatur

- Behrens, Fritz: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie, Band I, Berlin (Ost) 1962, S. 154 - 184 (Physiokratie), 217 - 219 (Ricardo's Grundrente).
- Diehl, Karl und Mombert, Paul (Hg.): Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie, Bd. 17: Das Eigentum, Karlsruhe 1924.
- Diehl, Karl: Art. Bodenbesitzreform, in: Elster, Ludwig u. a.: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1924, Bd. 2, S. 935 - 954.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl. Tübingen 1990, bes. S. 122 - 139.
- Fischer, Wolfram: Eigentum und Wirtschaftsordnung in historischer Perspektive, in: Dichmann/Fels (Hg.): Gesellschaftliche und ökonomische Funktionen des Privateigentums, Köln 1993, S. 16 - 46.
- Galbraith, John Kenneth: Gesellschaft im Überfluß (1958) dt. München 1963.
- Lemnitz, Alfred u. a. (Hg.): Politische Ökonomie des Kapitalismus, Lehrbuch, Berlin (Ost) 1980, Kap. 14: Die kapitalistische Grundrente (S. 341 - 370).
- Locke, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung (1690), dt. 1977.
- Marx, Karl: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, hrsg. von Friedrich Engels (1894), Berlin 1964 (MEW 25), Vierter Abschnitt, S. 627 - 821.
- Oppenheimer, Franz: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Berlin 1910, 15. Abschnitt, S. 681 - 699.
- Ricardo, David: Grundsätze der politischen Ökonomie (1815), dt. Berlin (Ost) 1959, Kap. II, III, XXIV.
- Smith, Adam: Theorie der ethischen Gefühle (1759), dt. Hamburg 1994.
- Stirner, Max (d. i. Kaspar Schmidt): Der Einzige und sein Eigentum (1845), München 1968.
- de Soto, Hernando: Marktwirtschaft von unten. Die unsichtbare Revolution in Entwicklungsländern, dt. Zürich 1992.
- Varian, Hal: Grundzüge der Mikroökonomik, Kap. 31, 32 (S. 520 - 566), dt. München 1989.

---

## Das Bodenproblem in Brasilien

„Unter allen lateinamerikanischen Ländern hat Brasilien die ungerechteste Verteilung von Geld und Gütern. Beim Landbesitz fällt das besonders ins Auge: Die Hälfte aller Landwirte beackern zusammen nur zwei Prozent des Bodens, aber ein Prozent aller Grundeigentümer verfügt über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche ... Seit 1990 sind in Brasilien weit über 1000 Menschen in Konflikten um Grund und Boden ums Leben gekommen: Kinder, Frauen, Greise, vor allem aber Führer der Landarbeiter und Mitarbeiter der katholischen Kirche, die sich für die Rechte der Armen eingesetzt haben. Die wenigsten Verbrechen sind bislang vollständig aufgeklärt worden ... ‚Straffrei töten‘, so nennt die Menschenrechtsorganisation amnesty international ihre Untersuchung über die Landkonflikte Brasiliens.“

Landreform! Alle Präsidenten schwören, sie endlich durchzuführen. Aber die Viehbarone und Herren der Zuckerplantagen behindern sie ... Die Schattenseiten der Agrarindustrialisierung verschweigt man: die Proletarisierung der Landbevölkerung, die Flucht in die Städte, die Zerstörung des Regenwaldes.“

*Carl D. Goerdeler, Aufstand der Landlosen; in: Die Zeit Nr. 16/1997, S. 28*

# Bodeneigentum, Siedlung und sozioökonomische Entwicklung in Palästina/Israel (Teil II)\*

## Einwanderung nach Palästina/Israel und Zusammensetzung der Bevölkerung

Israel wurde als Einwanderungsland gegründet. Seine Staatsraison ist von dem Prinzip bestimmt, möglichst viele Juden aus aller Welt aufzunehmen und aus den unterschiedlichen sozio-kulturellen Gruppen eine Nation zu formen. Eines der Hauptziele des israelischen Wohlfahrtsstaates besteht darin, die Segregation der verschiedenen Einwanderergruppen zu verhindern, was allerdings nur teilweise gelang. Die Wirtschaftspolitik ist bestrebt, ein hohes Pro-Kopf-Einkommen zu gewährleisten, um die Aus- bzw. Rückwanderung möglichst niedrig zu halten. Mit einer vergleichsweise kleinen Bevölkerung und einer geringen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen besitzt Israel eine leistungsfähige, offene Ökonomie, die Handel vor allem mit den USA, der Europäischen Union, dem Fernen Osten und Südafrika betreibt. Die heutige jüdische Bevölkerung setzt sich aus mehreren Einwanderungsschüben („*Alijot*“) zusammen. Die Zuwanderung nach Palästina war bis 1933 durch einen mehr oder weniger kontinuierlichen Verlauf gekennzeichnet. Aufgrund der systematischen Verfolgung und Vernichtung durch den Nationalsozialismus nahm die Zahl jüdischer Immigranten aus Europa nach 1933 deutlich zu. Die 1936 verschärften Einreisebestimmungen der britischen Mandatsmacht hatten zunächst einen Rückgang der Zahlen zur Folge, die jedoch durch die illegale Organisation der Einreise zwischenzeitlich und stark nach 1945 stiegen. Die jüdische Bevölkerung wuchs von 1922 bis 1948 im jährlichen Durchschnitt um 9%, was zu 75% aus der Einwanderung resultierte.<sup>1</sup> Vor der Staatsgründung am 15. Mai 1948 lebten etwa 1 Million Menschen in Palästina, wovon rund 650 000 Juden waren. Die Masseneinwanderung nach der Konstitution des Staates Israel veränderte die Situation dramatisch: Innerhalb von nur 3,5 Jahren verdoppelte sich die Zahl der jüdischen Bevölkerung, wie Tabelle 1 verdeutlicht.

Die große Mehrheit der Migranten stammte vor 1951 aus West- und vor allem aus Osteuropa. Bis Ende der dreißiger Jahre waren die Zuwanderer überwiegend sozialistisch orientiert und schufen die Grundlagen für das israelische Siedlungs- und Genossenschaftswesen, die Gewerkschaften und „linken“ Parteien, die von 1949 bis 1977 die Mehrheit in der Knesset stellten.<sup>2</sup> Von 1951 bis 1968 kamen die Immigranten zum größten Teil aus islamisch dominierten Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas, was die demographische Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung sowie das kulturell-religiöse und politische Leben nachhaltig veränderte. Wiesen 1948 noch 80% eine europäische oder amerikanische Abstammung auf (bei 15% aus afrikanischen und asiatischen Ländern sowie 5% Zabarim, deren Eltern bereits in Palästina geboren wurden), so reduzierte sich diese Quote bis 1989 auf 38 Prozent (42% aus Afrika/Asien; 20% aus Israel). Im Zeitraum vom Sechs-Tage-Krieg bis zum Ende der 80er Jahre stammten die Immigranten mehrheitlich aus der Sowjetunion und Amerika, wobei die Dynamik der Zuwanderung in den 80er Jahren zunehmend verflachte.<sup>3</sup>

## 1. Immigration nach Israel<sup>4</sup>

Jahr	Imm. in Tsd.	Anteil in %*
1948	101,8	22,9
1949	239,6	26,6
1950	170,2	15,4
1951	175,1	13,2
1952	24,4	1,7
1953	11,3	0,8
1954	18,4	1,2
1955	37,5	2,4
1956	56,2	3,5
1957	71,2	4,1
1958	27,1	1,5
1959	23,9	1,3
1960	24,5	1,3
1961	47,6	2,5

Der 1. Teil dieses Aufsatzes ist in der 112. Folge (März 1997) der Zeitschrift für Sozialökonomie auf den Seiten 22-29 erschienen.

Jahr	Imm. in Tsd.	Anteil in %*
1962	61,3	3,0
1961	47,6	2,5
1963	64,4	3,0
1964	54,7	2,5
1965	30,7	1,4
1966	15,7	0,7
1967	14,3	0,6
1968	20,5	0,8
1969	37,8	1,5
1970	36,8	1,4
1971	41,9	1,6
1972	55,9	2,1
1973	54,9	2,0
1974	32,0	1,1
1975	20,0	0,7
1976	19,8	0,7
1977	21,4	0,7
1978	26,4	0,8
1979	37,2	1,2
1980	20,4	0,6
1981	12,6	0,4
1982	13,7	0,4
1983	16,9	0,5
1984	20,0	0,6
1985	10,6	0,3
1986	9,5	0,3
1987	13,0	0,4
1988	13,0	0,4
1989	24,1	0,7
1990	199,5	5,2
1991	176,1	4,3
1992	77,1	1,8
1993	76,8	1,8
Gesamt	2357,8	

\* Prozentualer Anteil der Immigranten an der Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung im Jahresmittel

Aus der vergleichsweise schwach differenzierten, teilweise agrarischen Gesellschaft des Jischuw entstand eine wohlfahrtsstaatlich geprägte Industriegesellschaft. Für die Schichtzugehörigkeit waren die Aufenthaltsdauer in Israel und das Herkunftsland maßgeblich. Die schmale Oberschicht bestand lange vorwiegend aus Angehörigen der zweiten und dritten Alija, die zumeist aus Europa stammten und viele der Führungspositionen in Parteien, Staatsorganen, Gewerkschaften, Kibbuzim und Wirtschaftsunternehmen innehatten. Die mittleren und unteren Schichten rekrutierten sich überwiegend aus später eingewanderten Juden bzw. Arabern. Die dargestellte Ver-

schiebung der Bevölkerungsanteile der verschiedenen Gruppen führte zu einer stärkeren „Orientalisierung“ aller Bereiche des sozialen und kulturellen Lebens und beeinflusste unter anderem auch die Wahlergebnisse sowie das Streikverhalten.<sup>5</sup> Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die strikte Quotierung in den USA führten erneut zu einer massiven Zunahme der jüdischen Migranten aus den sowjetischen Nachfolgestaaten, die sich seit 1990 auf über 600 000 summierten und die Zusammensetzung der Bevölkerung erneut verschoben haben (1995 hatten 40,2 % Eltern aus Europa/Amerika, 35 % aus Afrika/Asien und 24,8 % aus Israel). Insgesamt strömten von 1948 bis 1993 2,4 Millionen Migranten nach Israel, was einem Jahresdurchschnitt von rund 50 000 entspricht. 64 % aller Immigranten kamen aus Europa und anderen westlichen Ländern.<sup>6</sup> 1995 belief sich die Zahl der israelischen Gesamtbevölkerung auf 5 619 000 und die der jüdischen Einwohner auf 4 549 000.<sup>7</sup>

#### Von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Der kontinuierliche Strom von Migranten prägte keineswegs nur die demographische Entwicklung. Die Immigration war auch ein entscheidender ökonomischer Faktor, denn sie erhöhte das Arbeitskräftepotential (bis 1948 war der Anteil an hoch qualifizierten Fachkräften sehr groß) und war mit einem anhaltenden Kapitalzufluß verbunden. Die Zuwanderer investierten allein in den Jahren von 1919 bis 1939 rund 75 Millionen Palästina Pfund (£P), weitere 20 Millionen £P der Jüdische Nationalfond und 28 Millionen £P flossen aus Spenden sowie ausländischen Investitionen, vor allem aus Großbritannien und den USA. Das Kapital wurde zum aller größten Teil in der Bau- und Landwirtschaft angelegt, nur zu 14 % in Industrie und Handwerk sowie zu 10 % im Verkehrswesen.<sup>8</sup> „For twenty-five years after its establishment in 1948, Israel was considered an economic miracle, with one of the highest rates of growth in the world. For the twenty-five years before 1948, the same was true for the Jewish economy of Palestine. Throughout these years there was a remarkable rapid increase in population through immigration, increase in per capita income, and increase in total product. During the 1970s, however, immigration slowed down, the economy almost stagnated, and Israel has become synonymous with running inflation and balance-of-payments crises.“<sup>9</sup>

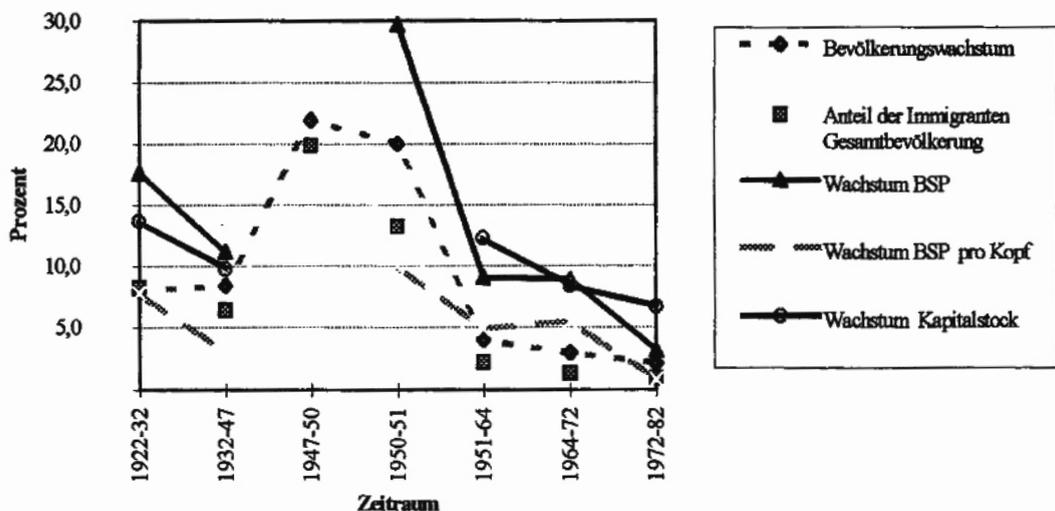
In der Literatur wird überwiegend die hohe Immigrationsrate als der wichtigste Wachstumsfaktor beschrieben. Von 1922 bis 1948 verachtete sich die jüdische Einwohnerschaft und das Bruttosozialprodukt (BSP) erhöhte sich um das 25fache. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg im gleichen Zeitraum im jährlichen Durchschnitt um 4,8%. In den beiden nächsten Jahrzehnten nahm das BSP im Jahr durchschnittlich um 9% zu, während die Bevölkerung um 3-4% wuchs. Parallel erhöhte sich das Arbeitskräftepotential von 450 000 im Jahre 1950 auf 1,1 Millionen im Jahre 1973. Insgesamt konnte, vorwiegend durch staatliche Trainee- und Schulungsprogramme, ein hohes Ausbildungsniveau auch bei den Migranten aus den weniger entwickelten Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens erreicht werden, wenngleich das Einkommensniveau dieser Gruppe (aufgrund der ungleichen Positionsverteilung in Ökonomie und Politik) deutlich unter dem der Einwanderer mit europäischer oder amerikanischer Herkunft blieb. Das Wachstum des zweiten Produktionsfaktors war noch größer: Zwischen 1950 und 1970 nahm der Kapitalstock um das Achtfache zu. Allerdings stammte das investierte Kapital in dieser Zeit fast ausschließlich aus dem Aus-

land, wobei die deutschen „Wiedergutmachungszahlungen“ und die Entwicklungshilfe bzw. Unterstützungszahlungen der US-amerikanischen Regierung und amerikanisch-jüdischer Organisationen eine große Rolle spielten. Im Ergebnis trugen diese Faktoren zu einer erheblichen Steigerung der Produktivität bei, so erhöhte sich der volkswirtschaftliche Output in diesem Zeitraum pro Jahr durchschnittlich um 9,3 und der Input lediglich um 5,9%. In der 70er Jahren verflachte diese Dynamik auffällig. Die Wachstumsrate des BSP sank auf durchschnittlich 3,2%, die der Bevölkerung auf 2% und des Pro-Kopf-Einkommens auf 1%.<sup>10</sup>

Das Wachstum von Produktion und Bevölkerung erfolgte in Zyklen, deren Höhepunkte in den 20er, 30er und Anfang der 50er Jahren lagen. Die Immigration heizte einerseits die Nachfrage nach Konsumgütern an, andererseits wurden parallel Investitionen und Produktivität gesteigert.<sup>11</sup> Umgekehrt gewann Israel aufgrund der positiven ökonomischen Entwicklung an Attraktivität als Einwanderungsziel. Die grundlegende Wechselwirkung zwischen Wirtschaftswachstum und Immigration veranschaulichen die folgende Tabelle und Grafik:

## 2. Wachstum von jüdischer Bevölkerung, Bruttosozialprodukt und Kapitalstock<sup>12</sup>

Zeitraum	Bev.wachstum in %	Anteil d. Imm. Gesamtbev. in %	Wachstum BSP in %	Wachstum BSP pro Kopf in %	Wachstum Kapitalstock
1922-32	8,0	8,2	17,6	7,8	13,7
1932-47	8,4	6,4	11,2	3,0	9,8
1947-50	21,9	19,8			
1950-51	20,0	13,2	29,7	10,0	
1951-64	4,0	2,2	9,1	4,9	12,3
1964-72	3,0	1,3	8,9	5,5	8,4
1972-82	2,1	0,9	3,2	0,8	6,7



Freilich sagt dieser statistisch gesicherte Zusammenhang zwischen Immigration, Kapitalzufluß und Wirtschaftswachstum<sup>13</sup> wenig über die Struktur- und Rahmenbedingungen dieses Prozesses. In der Gründungsphase galt das Hauptinteresse des Zionismus (wie im ersten Teil dieses Aufsatzes gezeigt) der Errichtung einer tragfähigen landwirtschaftlichen Basis, die in der Lage war, die jüdischen Einwohner zu ernähren und das Rückgrat der israelischen Wirtschaft zu bilden. Dieses Ziel wurde trotz des enormen Bevölkerungswachstums bis Ende der 50er Jahre erreicht. Generell war die Landwirtschaft in der Gründungsphase von großer Bedeutung. 1936 arbeiteten 19% der jüdischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, bis 1945 ging die Quote auf 10% zurück und sank kontinuierlich weiter. 1975 waren es 5,4% und 1995 nur noch 2,9%.<sup>14</sup> Ein ähnliches Ergebnis erhält man, wenn man den Agraranteil am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten betrachtet, der in den 50er Jahren konstant zwischen 11 und 12% lag, 1975 bei 5,7% und 1995 lediglich noch bei 2,3%. Parallel ging der Agraranteil am Export zurück: Von 64% im Jahre 1949 auf gerade 7% 1987. Ungeachtet der sinkenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft, die auf die forcierte Industrialisierung und den beschleunigten Aufbau eines Dienstleistungssektors seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre zurückzuführen ist, konnte die landwirtschaftliche Produktion zwischen 1948 und 1985 etwa

um das 16fache gesteigert werden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche expandierte von 8% des Staatsgebietes 1948 auf 20% im Jahre 1988. Quantitativ wurde die bebaute Fläche am stärksten in den 50er Jahren erweitert, spätere legte man den Akzent auf die Intensivierung und Produktivitätssteigerung der Anbaumethoden. Der Expansion waren vor allem durch die mangelnde Qualität der Böden und die äußerst begrenzten Wasservorräte Grenzen gesetzt.<sup>15</sup>

### Die Rolle der Kibbuzim und Moshavim

Die Zahl der jüdischen Siedlungen stieg dementsprechend rasch: Existierten bis zum Ersten Weltkrieg nur 54, entstanden während des britischen Mandats 222 neue und 1978 betrug ihre Zahl 795, d. h. zwei Drittel waren zu diesem Zeitpunkt nicht älter als 30 Jahre.<sup>16</sup> Die neu gegründeten landwirtschaftlichen Siedlungen dienten, wie eingangs erwähnt, neben ökonomischen hauptsächlich politisch-militärischen Zielen und der Integration der jüdischen Immigranten. Die Besonderheit der jüdischen Landwirtschaft in Israel liegt darin, daß es keinen traditionellen Bauernstand gibt und die Bedeutung einzelwirtschaftlicher Bauernstellen gering blieb.<sup>17</sup> Die Errichtung von Betriebs- und Wohngebäuden sowie die Ameliorierung der Böden wurden von Gemeinschaftssiedlungen, Kibbuzim und Moshavim mit Unterstützung von zionistischen bzw. staatlichen Organisationen wie dem Jüdischen

Nationalfond erbracht. Eine Grundvoraussetzung für diese Entwicklung war, wie im Teil I dieses Aufsatzes gezeigt, die weitgehende Nationalisierung des Bodeneigentums. Dessen Bedeutung erschöpft sich nicht in seiner Eigenschaft als Produktionsfaktor für die kooperative Landwirtschaft. Eine weitere israelische Besonderheit ist der Aufbau von sogenannten „Entwicklungsstädten“ im Süden des Landes, um die hohe Bevölkerungsdichte in der Küstenebene und den nördlichen Landesteilen zu verringern. Zwar konnte die Bevölkerung im Süden dadurch von 1 % 1948 auf 13 % 1987 vermehrt werden, doch der Trend in die großen städtischen Ballungszentren vor allem um Tel Aviv und Haifa blieb ungebrochen. So leben heute über 90 % der jüdischen Bevölkerung Israels in Städten, davon allein im Großraum Tel Aviv etwa ein Drittel, während der Negev Anfang der 90er Jahre eine Abwanderung verzeichnete.<sup>18</sup> Der zielgerichtete Einsatz des Produktionsfaktors Boden für die Errichtung dieser „Entwicklungsstädte“ und der Gemeinschaftssiedlungen wäre mit einer kapitalistischen Eigentumsordnung sicher nicht in diesem Umfang möglich gewesen.

### 3. Entwicklung von Kibbuzim und Moshavim<sup>19</sup>

#### Kibbuzim

Jahr	Zahl	Ew.in Tsd.	Anteil in %*
1948	177	54,2	7,6
1961	228	77,0	4,0
1972	233	89,5	3,3
1983	267	114,8	3,4
1991	270	129,3	3,1

#### Moshavim

1948	104	30,1	4,2
1961	366	124,2	6,4
1972	386	130,4	4,8
1983	448	149,9	4,5
1991	456	168,5	4,0

\* Anteil der Kibbuz- bzw. Moshav-Einwohnerschaft an der jüdischen Gesamtbevölkerung

Die herausragende Bedeutung der Gemeinschaftssiedlungen für die sozio-ökonomische Entwicklung zeigt sich nicht nur darin, daß dort 1948 fast 12 % der jüdischen Bevölkerung lebten. Kibbuzim und Moshavim stellten seit 1948 im Durchschnitt 40-50 % aller Be-

schäftigten in der Landwirtschaft und erwirtschafteten etwa zwei Drittel der Agrarproduktion, wobei sich der Anteil zugunsten der Moshavim verschob und Ende der 80er Jahre rund 40 % erreichte (die Kibbuzim produzierten zu diesem Zeitpunkt etwa ein Drittel des Bruttoagrarprodukts). Im Zuge der allgemeinen Industrialisierung seit Mitte der 50er Jahre bauten auch die Kibbuzim Industrie- und Dienstleistungsbetriebe auf und erzielten damit 1994 fast 80 % ihres Einkommens. 1983 produzierten die Kibbuzim immerhin 5 % der Industriegüter (insgesamt 12 % des Bruttosozialprodukts). 1989 gehörten 9 Kibbuzim zu den hundert größten Unternehmen des Landes.<sup>20</sup> Die Produktivitätsentwicklung innerhalb der Kibbuzim übertraf in den 60er und frühen 70er Jahren etwas die der übrigen Wirtschaft: „The movement as a whole proved highly flexible in adapting to changing market parameters, as clearly indicated by the major transformation undergone by its mixed farming branch in response to changing product prices and to rising real cost of labour (...) The total factor productivity series rapidly rising overall efficiency in the production sector through the 1960s and early 70s. During that interval kibbutzim performed somewhat better than the economy as a whole.“<sup>21</sup>

#### Das Genossenschaftswesen in Israel

Die Gemeinschaftssiedlungen bildeten die Basis für ein weltweit einzigartiges Genossenschaftswesen, das nahezu alle Wirtschaftsbereiche erfaßte. So bestanden 1972 unter anderem 1144 Agrargenossenschaften, 213 Produktions- und Transportgenossenschaften, 273 Konsumgenossenschaften, 49 Kredit- und 111 Pensionsgenossenschaften. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der quantitative Höhepunkt mit Ausnahme des Agrarbereichs bereits überschritten, d. h. die Zahl der Genossenschaften schrumpfte durch Zusammenschlüsse und Auflösungen, was nicht automatisch mit einem Rückgang des genossenschaftlichen Anteils an den verschiedenen Wirtschaftssektoren verbunden war.<sup>22</sup> Das Genossenschaftswesen in Israel ist mit der Geschichte der *Histadrut* eng verknüpft, die nicht nur die Arbeit vieler Genossenschaften koordinierte, sondern selbst viele kooperative Unternehmen gründete und leitete. Die *Histadrut* wurde 1920 in Haifa von den sozialdemokratischen Arbeiterparteien als Gewerkschaftsbund (Allgemeine Organisation der jüdischen

Arbeiter in Palästina) gegründet. „Neben der Vertretung der Arbeiterinteressen kam laut Beschluß des Gründungskongresses der ‚Regelung der kolonialisatorischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Angelegenheiten aller Arbeiter im Land zum Zweck des Aufbaues einer Gesellschaft der jüdischen Arbeit‘ große Bedeutung zu. Die Histadrut bildete und leitete wirtschaftliche Unternehmen und andere Institutionen, zusammengefaßt in der *Chevrat ha-Ovdim* (Gesellschaft der Arbeiter). Die wichtigsten waren die Vereinigung aller Kibbuzim und Moshavim, das Bauunternehmen *Solel Boneh* (Wegbahner) – bald das größte in Palästina –, die Konsum- und Absatzgenossenschaft *ha-Maschbir* (Der Versorger) und die *Bank ha-Poalim* (Arbeiterbank). Der Histadrut-Führung unterstand auch die mit Duldung der britischen Mandatsbehörden geschaffene *Militärorganisation Haganah* (Verteidigung).“<sup>23</sup> Die Histadrut war bis 1948 zweifellos das Zentrum der politischen Macht im Jischuw. 1930 waren 75% der jüdischen Arbeiter Palästinas in der Gewerkschaft organisiert. Sie verschaffte Einwanderern Arbeitsplätze, gewährleistete ihren Mitgliedern Mindestlöhne und bereits seit 1926 einen Achtstundentag.<sup>24</sup> Zwischen 1960 und 1980 arbeiteten konstant 22-23% aller Erwerbstätigen Israels (seit 1959 sind Araber auch als Mitglieder zugelassen) in der Histadrutwirtschaft. Die Größenordnung dieser Organisation veranschaulicht auch ihr Anteil am Nettoinlandsprodukt, der seit der Staatsgründung konstant zwischen 18 und 23% lag. Von den 100 größten Unternehmen Israels gehören 20 zum Histadrut-Sektor, darunter unter anderem die 1944 gegründeten Koor-Industries, die bis heute größte Baufirma des Landes, Solel Boneh, die zweitgrößte Bank, ha-Poalim, und die größte Versicherungsgesellschaft, Hassne.<sup>25</sup> Jenseits dieser ökonomischen Erfolgsgeschichte bestanden jedoch eine Reihe von strukturellen Defiziten, die vor allem in der großen Wirtschaftskrise der 80er Jahre zum Ausdruck kamen.

### Hauptprobleme der israelischen Wirtschaft

Die andauernden Konflikte mit der arabischen Bevölkerung Palästinas und den arabischen Anrainerstaaten bilden sicher die größte Hypothek der israelischen (Wirtschafts-) Geschichte. Dies drückt sich direkt in den hohen Militärausgaben der israelischen Regierung aus, die zwischen 23% im Haushalt 1950/51

und dem Höchstwert von 45% 1970/71 (1989/90: 30%) pendelten. Gemessen am Anteil der Militärausgaben am BSP wird diese Belastung noch deutlicher: Lag dieser Wert Anfang der 60er Jahre noch bei 10%, war im Gefolge der Kriege zwischen 1967 und 1973 ein Anstieg auf über 30% bis Mitte der 70er Jahre zu verzeichnen; dieser Aufwand ging nicht zuletzt durch die Intifada seit Mitte der 80er Jahre nicht unter 15% zurück. Die hohen Kosten für den Import militärischer Güter sind einer der Hauptgründe für das strukturelle Handelsbilanzdefizit Israels, das bisher vorwiegend über Kredite und die bereits erwähnten einseitigen Transferzahlungen an Israel finanziert wurde.<sup>26</sup> Der arabisch-israelische Handel blieb infolge der Spannungen bis in die jüngste Vergangenheit äußerst gering.<sup>27</sup> Weiterhin ist das Arbeitskräftepotential der arabischen Bevölkerung Palästinas zu nennen. In der Zeit des britischen Mandats betätigten die Araber sich zu zwei Drittel im Agrarbereich. 1955 waren die Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft noch immer zu 50% in der Landwirtschaft (zumeist als Lohnarbeiter) beschäftigt, gefolgt von der Industrie und vor allem der Bauwirtschaft (zusammen 36%) sowie dem Dienstleistungssektor (14%). Zwar erfolgte bis in die 80er Jahre auch unter den israelischen Arabern eine Modernisierung der Erwerbsstruktur (51% im tertiären Sektor, 41% in Industrie und Bauwirtschaft und nur noch 8% in der Landwirtschaft), doch blieb das Ausbildungs- und Einkommensniveau immer deutlich unter und die Arbeitslosenquote seit 1982 oft über dem israelischen Durchschnitt.<sup>28</sup> Die Benachteiligung der arabischen Einwohnerschaft datiert schon aus der Anfangszeit der jüdischen Besiedlung. Unabhängig davon, daß die palästinensische Wirtschaft insgesamt von der jüdischen Einwanderung profitierte, kam es teilweise zu einer Verdrängung der Araber. Trotz der Opposition führender Zionisten wie *Franz Oppenheimer*, der sich für die Zusammenarbeit mit der arabischen Wirtschaft engagierte<sup>29</sup>, und gegen die Motive vieler jüdischer Einwanderer, die nicht in kolonialistischer Absicht ins Land kamen, setzte sich das Prinzip einer jüdischen „Nationalwirtschaft“ zunächst in weiten Bereichen durch: „Die Landnahme war verbunden mit der Forderung nach ‚Eroberung der Arbeit und des Marktes‘.“ Es galt das Prinzip, in den neu gegründeten landwirtschaftlichen Siedlungen keine ara-

bischen Lohnarbeiter einzustellen – von den Arbeiterzionisten vor allem damit begründet, daß das jüdische Volk nur durch eigene körperliche Tätigkeit gesunden könne und daher keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten dürfe. *David Ben Gurion sprach vom „Recht des jüdischen Volkes auf exklusive jüdische Arbeit in jedem jüdischen Unternehmen“ (...). Eine volle Durchsetzung des Prinzips der jüdischen Arbeit gelang jedoch nicht, da viele Privatunternehmer nicht bereit waren, auf die billigeren arabischen Arbeitskräfte (...) zu verzichten. Dennoch wurden Tausende Araber von ihren Arbeitsplätzen – insbesondere in der Landwirtschaft, zum Teil jedoch auch im Industrie- und Dienstleistungssektor – verdrängt.*<sup>30</sup> Die häufigen Unruhen der arabischen Bevölkerung Palästinas wurden zum Teil sicherlich durch deren ökonomische Benachteiligung induziert.

Neben den arabisch-israelischen Spannungen bzw. den Militärausgaben belasteten vor allem die in den 70er Jahren drastisch gestiegenen Preise für Energie- und Rohstoffimporte die israelische Wirtschaft. Zwar gelang es, das chronische Handelsbilanzdefizit durch die Steigerung der Exporte und die Rückführung des Anteils von Konsumgütern an den Importen zu reduzieren. So deckten die Exporterlöse 1949 nur 11,3% der Kosten für die importierten Güter, während es 1983 immerhin 75,1% waren. Doch führte das Defizit zusammen mit der wechselhaften Wirtschafts- und Finanzpolitik der israelischen Regierungen (darunter „Wahlgeschenke“, die mit der Notenpresse „finanziert“ wurden) zu einem Verfall der Landeswährung, die im Jahre 1984 in der Hyperinflation von 374 Prozent bzw. 305 Prozent 1985 gipfelte. Es konnte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine gewisse Stabilisierung erreicht werden, aber der Preisindex für Konsumgüter kletterte auch in den 90er Jahren jährlich noch mehr als 10%.<sup>31</sup> Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre erfaßte alle Wirtschaftsbereiche. Die Arbeitslosigkeit erreichte mit 7,1% 1986 einen Höchststand (nur übertroffen vom Jahr 1967 mit 10,4%) und stagnierte auf diesem Niveau (1992: 7,5%; erst 1995 zeigte sich ein Rückgang auf 5,4%).<sup>32</sup>

### **Wandlungen der kooperativen Unternehmen**

Viele kooperative Unternehmen konnten in dieser Zeit nur mit Mühe den Bankrott vermeiden, nicht zuletzt deshalb weil die staatlichen

Unterstützungsleistungen und Subventionen aufgrund der veränderten politischen Gegebenheiten gekürzt wurden. Viele der Histadrut-unternehmen führten daraufhin neue Managementmethoden, das Gewinnprinzip und stärker leistungsdifferenzierte Entgelte ein. *„In recent years many Histadrut enterprises such as Koor and Tadrian have ceased to make profits. Solel Boneh suffered its second financial collapse and has been merged with another Histadrut company in the construction sector. The losses in firms belonging to the industrial holding company, Koor, totalled \$ 303 million in 1989, an enormous sum in Israeli terms. Profits fell from the modest level of \$ 43 million in 1982 continuously until 1986. In the period 1987-1989 the group accumulated losses of \$ 849 million. The political leadership of the Histadrut wanted both profits and higher wages, something that was only possible with higher productivity increases than those achieved. It also insisted that all workers be paid cost-of-living and other wage and salary increases regardless of the profitability of their company, which brought about the resignation of Koor's managing director. As losses accumulated, the Histadrut's ability to finance them declined. The government, for financial and political reasons, was unwilling to bail out bankrupt operations to the same extent as it had in the past, and the trade union organization was unwilling to lay off workers.*<sup>33</sup> Die Kibbuzim wurden von der allgemeinen Rezession besonders getroffen. Die erdrückenden Schulden der Kibbuzwirtschaft in den 90er Jahren resultierten nicht allein aus deren Beteiligung an den halsbrecherischen Finanzgeschäften in der Phase der Hyperinflation, als sich die Schulden der Kibbuzim bis Ende der 80er Jahre auf 88 Mrd. Dollar summierten, denen nur 8 Mrd. Dollar Erträge gegenüberstanden. Auch nach dem ersten Schuldenabkommen, mit dem 1989 ein Teil der Schulden gestrichen wurde, entspannte sich die Lage der Kibbuzim nicht. 1994 erhielten die Kibbuzim für Abschreibungen und Altschulden erneut 11,9 Mrd. Schekel als staatlichen Zuschuß, doch noch immer arbeiten nur einige Dutzend kostendeckend.<sup>34</sup>

Sicher ist es zu früh, um daraus die Prognose abzuleiten, das Ende der Kibbuzim sei nahe, denn noch scheint der Pioniergeist, der den Kibbuzim einst zur Blüte verhalf, zumindest teilweise vorhanden zu sein, wie der israelische Schriftsteller *Amos Oz* den Kritikern vor-

hält: „*Sie irren in der Diagnose, und sie irren, wenn sie meinen, die Motivation zur Arbeit sei den Kibbuzniks verloren gegangen, weil sie am Ende weder Strafe noch Belohnung erwartet (...) Von Ausnahmen abgesehen haben die Kibbuzniks immer schon hart gearbeitet und arbeiten auch jetzt noch hart. Etwa drei Prozent der Bevölkerung erzeugen ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion des Staates und zehn oder zwölf Prozent der Industrie- sowie der Exportproduktion. Das beweist doch, daß sie arbeiten, und daß ihr Scheitern kein ökonomisches ist (...) Es gab sehr wohl ein Scheitern des Managements in finanzieller und geschäftlicher Hinsicht, da es sich verführen ließ, an Aridors Orgie teilzunehmen, und sich dabei verfranste. Und der Kater, den Aridors rauschende Nacht zur Folge hatte, ist noch nicht verflogen (...)*“<sup>35</sup> Allerdings spricht die Produktivitätsentwicklung innerhalb der Kibbuzim gegen diese optimistische Einschätzung. So erreichte die Produktivität eines Beschäftigten im Kibbuz zu Beginn der 80er Jahre noch 90% des Landesdurchschnitts und lag am Ende der Dekade nur noch bei 70%; das Pro-Kopf-Einkommen der Kibbuzniks sank in diesem Zeitraum um 10%. Auf die neuen Herausforderungen reagierten einige Kibbuzim durch die Einführung von marktwirtschaftlichen Managementmethoden und leistungsbezogenen Einkommen mit Erfolg. Auch trennten diese Kibbuzim die gemeinschaftlichen, konsumptiven Funktionen vom produktiven Sektor, der ein eigenständiges Management erhielt, das gegenüber der Mitgliederversammlung nur noch regelmäßig einen Rechenschaftsbericht vorlegen muß. Die meisten Kibbuzim waren jedoch nicht in der Lage oder willens, Reformen durchzuführen und die konsumptiven Ausgaben zurückzuführen, um die Produktivität zu erhöhen bzw. sich aus der Abhängigkeit von staatlichen Subventionen zu befreien.<sup>36</sup>

Der israelische Wirtschaftswissenschaftler *Haim Barkai* sieht die im Teil 1 dieses Aufsatzes dargestellte Kritik *Oppenheimers* an den kollektiv organisierten Kibbuzim sowohl im Modell als auch durch die historische Entwicklung als bestätigt an. Zwar spreche die 70jährige Erfolgsgeschichte der Kibbuzim formal gegen die Vorhersage; doch *Barkai* verdeutlicht, daß diese von besonderen historischen Rahmenbedingungen abhängig war, die hier ausführlich dargestellt werden konnten. Die Krise der Kibbuzim seit Mitte der 80er Jahre ziehe sukzessive

die Einführung von leistungsbezogenen und konkurrenzwirtschaftlichen Prinzipien nach sich, was *Oppenheimers* Prognose bestätige, daß kollektivistische Unternehmen, die auf Leistungsanreize verzichten, scheitern und sich in kapitalistische Betriebe verwandeln.<sup>37</sup>

Auch die Moshavim gerieten in den 80er Jahren aus den genannten Gründen in eine Wirtschaftskrise und erhielten staatliche Unterstützung. Eine Einschätzung der Wirkung ihrer Bewältigungsstrategien ist mangels genauer bzw. übereinstimmender Informationen derzeit aber noch nicht möglich.

Die sozio-ökonomische Entwicklung Palästinas/Israels insgesamt weist daraufhin, daß ein sozialisiertes Bodeneigentum die Basis für eine positive Entwicklung von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften ist, auf die wiederum ein florierendes Genossenschaftswesen aufbaut. Dieses Entwicklungsschema einer kooperativen Ökonomie erkannte *Oppenheimer* also zutreffend, wenngleich die reale Entwicklung Israels von diesem Modell in mehreren Hinsichten abwich. Faktisch waren die israelische Wirtschaft insgesamt wie auch der kooperative Sektor auf den Zufluß von Kapital (seien es einseitige Transferzahlungen oder Kredite) und preiswerten Arbeitskräften (seien es jüdische Immigranten oder arabische Gastarbeiter) angewiesen. Welche Bedeutung dem weitgehend nationalisierten Produktionsfaktor Boden in der entwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft Israels zukommt, kann hier nicht abschließend geklärt werden. Sicher scheint nur, daß Kapazität und Elastizität der israelischen Landwirtschaft in der Aufnahme von Arbeitskräften und der Erschließung neuer Anbauflächen fast vollständig ausgeschöpft sind (vgl. oben), was gegen *Oppenheimers* „liberalen Sozialismus“ spricht, wonach der freie Zugang zum Boden zu einem „friedlichen Wettbewerb“ ohne Wirtschaftskrisen führe. Die natürlichen Ressourcen begrenzen eben das Wirtschaftswachstum, das bekanntlich nicht nur in *Oppenheimers* Modell eine implizite Voraussetzung für den gesellschaftlichen Wohlstands bildete.

## Anmerkungen

- 1 vgl. Michael Wolffsohn (1991), *Israel: Grundwissen; Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft*, Opladen, S. 225 u. Calvin Goldscheider (1996), *Israel's Changing Society. Population, Ethnicity and Development*, Boulder (Colorado, USA)/Oxford (England), S. 46.

- 2 vgl. Wolffsohn 1991, S. 67-85 u. 229-33.
- 3 vgl. Goldscheider 1996, S. 47f.; Wolffsohn 1991, S. 228f. u. Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 4 erstellt nach Goldscheider 1996, S. 46 und Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 5 vgl. Johannes Glasnek/Angelika Timm (1994), Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn, 2. Aufl., S. 19.
- 6 vgl. Goldscheider 1996, S. 47f.; Wolffsohn 1991, S. 228f. u. Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 7 Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 8 vgl. Glasnek/Timm 1994, S. 19.
- 9 Yoram Ben-Porath (1986), Introduction, in: The Israeli Economy. Maturing through Crises, ed. by Yoram Ben-Porath, Cambridge (Mass.)/London, S. 1-23, hier S. 1.
- 10 Ben-Porath 1986, S. 3f.; Paul Rivlin (1992), The Israeli Economy, Boulder/San Francisco/Oxford, S. 6f. u. Wolffsohn 1991, S. 278, 345 u. 354.  
In den 50er Jahren kamen rund 30 Prozent aller staatlichen Einnahmen aus dem Ausland, bis Mitte der 60er Jahre sank diese Quote auf 16 Prozent, um bis Mitte der 70er Jahre wieder auf 24 Prozent anzusteigen. In den 80er Jahren schwankte der Auslandsanteil um 15 Prozent (vgl. Wolffsohn 1991, S. 398f.).
- 11 vgl. Yoram Ben-Porath (1986a), The Entwined Groth of Population and Product, 1922-1982, in: The Israeli Economy. Maturing through Crises, ed. by Yoram Ben-Porath, Cambridge (Mass.)/London, S. 27-41, hier S. 29ff.
- 12 erstellt nach Ben-Porath 1986a, S. 28.
- 13 vgl. ebenda, S. 29ff.
- 14 vgl. Wolffsohn 1991, S. 383 u. Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 15 vgl. Rivlin 1992, S. 76-9; Wolffsohn 1991, S. 380, 387 u. 407; Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel) sowie Yehuda Karmon (1994), Israel. Eine geographische Landeskunde (= Wissenschaftliche Länderkunden, Bd. 22), Darmstadt, 2. Aufl., S. 90-4 u. 108-11.  
Die bewässerte Fläche ist von 300000 Dunam (10 Dunam = 1 ha) im Jahre 1938 auf 2,057 Mill. Dunam im Jahre 1990 (von einer kultivierten Gesamtfläche von 4,371 Mill. Dunam) gestiegen. Die Erträge aus den bewässerten Flächen erreichen 80 Prozent der pflanzlichen Gesamtproduktion. Die gesamte Wassermenge beläuft sich pro Jahr auf nur 1,6 Milliarden m<sup>3</sup>, was in anderen Ländern nicht einmal die Schwankungsbreite pro Jahr ausmacht. Das Wasser ist zudem sehr ungleich verteilt, weshalb in den 50er und 60er Jahren eine Landeswasserleitung gebaut wurde, die einen Teil des Wassers nach Süden und in die Bevölkerungszentren umleitet. Israel nutzt das zur Verfügung stehende Wasser weitgehend aus, weshalb auch der Klärung und Mehrfachverwendung von Abwässern große Bedeutung zukommt. Außerdem spielen mittlerweile auch Meerwasserentsalzungsanlagen eine Rolle, so wird in Elat ein großer Teil des Bedarfs mit Meerwasser gedeckt. 1990 entfielen auf die landwirtschaftliche Nutzung 1,2 Milliarden m<sup>3</sup> Wasser, auf die Industrie 100 Mill. und die privaten Haushalte etwa 400 Mill., wobei der agrarische Anteil aufgrund veränderter staatlicher Wasserzuteilung tendenziell sinkt. Die landwirtschaftlichen Bewässerungssysteme aus Israel sind weltweit gefragt und ein wichtiges Exportgut (vgl. Karmon 1994, S. 96ff.).
- 16 vgl. Karmon 1994, S. 72.
- 17 Die Zahl der Moshavot, die etwa einem Bauerndorf europäischen Zuschnitts entsprechen, belief sich 1947 auf 65 mit 25000 Einwohnern. Nach einem vorübergehenden Zuwachs (1967: 60 Moshavot mit 50200 Ew.) und der Krise in den 70er Jahren (1978: 43 Moshavot mit 22600 Ew.) kam es in den 80er Jahren zu einem Wachstum. 1990 existierten ca. 100 Siedlungen mit über 110000 Einwohnern (vgl. Karmon 1994, S. 80).
- 18 vgl. Karmon 1994, S. 71f. u. 83-90 u. Wolffsohn 1991, S. 250f.
- 19 erstellt nach Goldscheider 1996, S. 109.
- 20 vgl. Melford E. Spiro (1983), Introduction: Thirty Years of Kibbutz Research, in: The Sociology of the Kibbutz (= Studies of Israeli Society, vol. 2), ed. by Ernest Krausz, New Brunswick (USA)/London, S. 4; Rivlin 1992, S. 78; Wolffsohn 1991, S. 388f. u. 393; Walter Preuss (1958), Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel, Berlin, S. 150-62 sowie David Shalit/Iris Millner (1994) Das Ende des Kibbutz, in: Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog (Sonderheft), Nov. 1994, S. 4-26, hier S. 10-2. Ludwig Liegle/Theodor Bergmann (1994), Krise und Zukunft des Kibbutz, Weinheim/München, S. 24-36.
- 21 Haim Barkai (1996), Oppenheimer and the Zionist Resettlement of Palestine: The Genossenschaft versus the Collective Settlement, in: Franz Oppenheimer und Adolph Lowe: zwei Wirtschaftswissenschaftler der Frankfurter Universität, hg. v. Volker Caspari und Bertram Schefold, Marburg, S. 17-64, hier S. 46f.
- 22 vgl. Abraham Daniel (1976), Labor Enterprises in Israel, vol. 1 (The Cooperative Economy), Jerusalem, S. 20ff.
- 23 Glasnek/Timm 1994, S. 21.
- 24 vgl. ebenda, S. 21f. u. Wolffsohn, S. 304.
- 25 vgl. Wolffsohn 1991, S. 349f. u. 393 u. Glasnek/Timm 1994, S. 21.  
Der Anteil des öffentlichen Sektors am Brutto sozialprodukt lag seit 1948 gleichbleibend zwischen 20 und 25 Prozent. Die staatlichen Unternehmen erwirtschafteten noch 1979/80 13,2 Prozent aller staatlicher Einnahmen, wobei ein dramatischer Rückgang in den 80er Jahren erfolgte (1989 nur noch 1,9 Prozent). Direkter staatlicher Kontrolle unterstehen unter anderem die Eisenbahn, die Fluglinie El-Al, die Post, Telefon, Rundfunk und Fernsehen und die Elektrizitäts- sowie Wasserwirtschaft, wobei sich in den 90er Jahren eine Tendenz zur Privatisierung abzeichnete. Zusammen mit der Histadrutwirtschaft trug der öffentliche Sektor im Durchschnitt etwa 2/5 und die Privatwirtschaft 3/5 zum Nettoinlandsprodukt bei (vgl. Wolffsohn, S. 343-51).  
Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten verteilte sich 1995 folgendermaßen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft 2,3%, Industrie 18,6%, Bauwirtschaft 11,3%, Verkehr 6,9%, Finanzen und Handel 19,6%, staatliche und kommunale Dienstleistungen 25,3%, Sonstige 4,6% (vgl. Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel)).
- 26 vgl. Wolffsohn 1991, S. 396-418; Rivlin 1992, S. 35-53 u. 81-95 sowie Nadav Halevi (1986), Perspectives on the Balance of Payments, in: The Israeli Economy. Maturing through Crises, ed. by Yoram Ben-Porath, Cambridge (Mass.)/London, S. 241-63, hier S. 255ff.
- 27 vgl. Wolffsohn 1991, S. 405-12 u. Rivlin 1992, S. 101-5.
- 28 vgl. Wolffsohn 1991, S. 273-9 und 375 sowie Raja Khalidi (1988), The Arab Economy in Israel. The Dynamics of a Region's Development, London/Sydney/New York, S. 115 und 135.
- 29 zu Oppenheimers Kritik vgl. Bernhard Vogt, Wirtschaft, Wissenschaft und Ethik. Franz Oppenheimers „liberaler Sozialismus“ und die Soziale Marktwirtschaft, Dissertation, Weinheim 1997.
- 30 Glasnek/Timm 1994, S. 20f.
- 31 vgl. Wolffsohn 1991, S. 347-60, 371, 405f. u.; Rivlin 1992, S. 19-33 sowie Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 32 vgl. Wolffsohn 1991, S. 375 u. Statistical Abstracts of Israel 1996 (Central Bureau of Statistics, Israel).
- 33 Rivlin 1992, S. 126.
- 34 vgl. Shalit/Millner 1994, S. 10 u. Israel Yearbook and Almanac 1995, vol. 49, ed. by Naftali Greenwood et. al., Jerusalem, S. 90f.
- 35 Amos Oz, Über das Weinen und die Zartheit, in: Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog (Sonderheft), Nov. 1994, S. 27-37, hier S. 28.  
Aridor war der Finanzminister der ersten Regierung Begin (1977-81), der in großem Umfang Wahlgewinne verteilte und die resultierende Fiskalinflation in Kauf nahm. Viele Kibbutzim ließen sich durch die hohen Inflationsraten in den 80er Jahren zur Aufnahme von hohen Krediten verleiten, um nach der Konsolidierung der Währung auf den Schulden „sitzen“ zu bleiben (vgl. ebenda).
- 36 vgl. Barkai 1996, S. 56ff. u. Shalit/Millner 1994, S. 9ff und Liegle/Bergmann 1994, S. 24-36.
- 37 vgl. Barkai 1996, S. 56ff.